

Mythos Anti-Springer-Kampagne¹

Manuel Seitenbecher

Es ist mittlerweile zum Allgemeinplatz geworden, „1968“ als Mythos zu bezeichnen.² Gefördert wurde dies zweifellos durch die Vielfältigkeit der Geschehnisse, die sich in den Jahren um 1968 ereigneten, und vor allem durch deren dualen Charakter: Einerseits die Globalität der Ereignisse, welche sich sowohl in verbindenden Motiven wie dem Protest gegen den Vietnamkrieg als auch in gänzlich unterschiedlichen Ausgangslagen der westlichen Protestbewegungen gegenüber jenen in der ehemaligen CSSR oder Polen widerspiegelte, andererseits die jeweiligen nationalen Besonderheiten. Solch ein Spezifikum war in der 68er-Bewegung der Bundesrepublik Deutschland, neben der Kampagne gegen die Notstandsgesetze und der nationalsozialistischen Vergangenheit, vor allem die Anti-Springer-Kampagne. Doch ausgerechnet die Kampagne gegen das größte Verlagshaus auf dem europäischen Kontinent ist zu einem eigenem Mythos geworden. Abgesehen von den gängigen Pauschalisierungen über die polemische Berichterstattung der Springer-Presse gegenüber den Studenten ist ein fast vollständiges Fehlen von Abhandlungen über die Anti-Springer-Kampagne zu konstatieren.³ Bestätigt dies einerseits Kraushaars These von der bisher selektiv verlaufenden Historisierung von „1968“,⁴ gebietet es zugleich eine ausführliche historische Beschäftigung mit dem „key target“⁵ der westdeutschen 68er-Bewegung. Zumindest eine kurze Skizze zur Entstehung der Kritik am Axel-Springer-Verlag und der folgenden politischen Konfrontation zwischen diesem und den so genannten 68ern soll hier wiedergegeben werden. Dabei soll dargelegt werden, dass die Anti-Springer-Kampagne entgegen der Pauschalisierungen weder nur Protest gegen eine als hetzerisch wahrgenommene Berichterstattung war, noch sich erst 1967 spontan konstituierte.

¹ Dieser Artikel beruht auf den Ergebnissen meiner veröffentlichten Magisterarbeit, auf die ich für eine ausführliche Behandlung der Thematik verweise: Manuel Seitenbecher, *Den deutschen „Cäsar“ bezwingen. Die 1960er und die Kampagne gegen Springer*, Marburg 2008.

² Vgl. u.a. Wolfgang Kraushaar, *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg 2000; Gerd Langguth, *Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*, München 2001.

³ Lediglich Wolfgang Kraushaar widmet sich mittlerweile ausführlicher der Anti-Springer-Kampagne: Kraushaar, *Kleinkrieg gegen einen Großverleger. Von der Anti-Springer-Kampagne der APO zu den Brand- und Bombenanschlägen der RAF*, in: Ders. (Hg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 1075-1116; Ders., *Achtundsechzig. Eine Bilanz*, Berlin 2008, S. 157-163.

⁴ Ders., *Denkmodelle der 68er-Bewegung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 22-23 (2001), S. 14.

⁵ Stuart J. Hilwig, *The Revolt Against the Establishment: Students Versus the Press in West Germany and Italy*, in: Carole Fink/Philipp Gassert/Detlef Junker (Hg.), *1968. The World Transformed*, Washington 1998, S. 321.

Entstehung und Beeinflussung der Anti-Springer-Kampagne

Wie die meisten anderen Themen aus dem Umfeld der 68er Bewegung begann auch die Kritik an Axel Springer und seinem Verlag nicht erst 1967/68.⁶ Dabei ist gar nicht die vereinzelte und teils polemische Kritik in den 50er Jahren gemeint. Der sozialdemokratische *Telegraf* berichtete bspw. schon bei der Einführung der Bild-Zeitung 1952, dass seitens Springers damit „ein weiterer Schritt zu einem Pressemonopol getan werde, das in fataler Weise an die Hugenberg-Ära erinnere“.⁷ Doch mit Beginn der 60er Jahre lässt sich eine kontinuierliche öffentliche Auseinandersetzung mit dem Springer-Verlag feststellen, welche man in drei Kategorien einteilen kann:

1. *Medienpolitische Debatten*:⁸ Als Ausgangspunkt der Kritik kann die ab 1961 öffentlich vorgetragene Forderung Axel Springers nach einer Beteiligung der Zeitungsverleger am Fernsehen gelten. Zwar sprach Springer hier stellvertretend für die Mehrheit der im Bund Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) organisierten Verleger. Doch seine Reden und vor allem regelrechte Kampagnen in der *Bild-Zeitung* für ein so genanntes Verlegerfernsehen und gegen das öffentlich-rechtliche Fernsehen sorgten rasch für eine öffentliche Fokussierung auf Springer und den falschen Eindruck eines geplanten „Springer-Fernsehen[s]“. Die Verleger warfen den Rundfunkanstalten vor, diese würden durch die Kombination aus zunehmender Werbung und öffentlich-rechtlichen Privilegien wie dem Gebühreneinzug eine Wettbewerbsverzerrung im Bereich des Anzeigengeschäfts zu Ungunsten der Presse betreiben und so die Pressekonzentration fördern und die Vielfalt der Meinungen gefährden. Zwar erreichten Springer und seine Kollegen die Einsetzung der ersten Medien-Enquete der Bundesrepublik, die so genannte „Michel-Kommission“, zur Überprüfung dieses Vorwurfs, zugleich bewirkten die Erwidern der Rundfunkverantwortlichen aber auch eine Hinwendung zum Thema der Pressekonzentration. Letztere sei vielmehr ein Problem durch und innerhalb der Presse. Und während die Michel-Kommission die Behauptung der Verleger nach mehr als dreijähriger Arbeit 1967 in ihrem Abschlussbericht

⁶ So ist es mittlerweile üblich, „1968“ eher als Teil eines dynamischen Prozesses zu verstehen, der bereits Ende der 50er Jahre begann. Man spricht auch von den „langen 60er Jahren“. Vgl. Axel Schildt u.a. (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Arthur Marwick, *The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c. 1958 – 1974*, Oxford 1998.

⁷ Zit. nach Abschrift Rasch, Der „Telegraf“ bringt heute neben dem Leitartikel unter der Überschrift „Neuer Hugenberg?“ folgenden Kommentar, 25. Juni 1952, in: Axel Springer-Unternehmensarchiv (AS-UA), Bestand Publikationen über A.S., Ordner 1.8.1966 bis 31.7.1967.

⁸ Vgl. dazu ausführlicher: Florian Kain, *Das Privatfernsehen, der Axel Springer-Verlag und die deutsche Presse. Die medienpolitische Debatte in den sechziger Jahren*, Münster/Hamburg/London 2003.

zurückwies, konstituierte sich noch zu Beginn des gleichen Jahres nach anhaltender Debatte die nach ihrem Vorsitzenden benannte „Günther-Kommission“ zur Untersuchung des Ausmaßes und der Folgen der Pressekonzentration. Da mit der Diskussion um die Pressekonzentration erneut eine Fokussierung auf den Springer-Verlag einherging, ist diese nicht von einer publizistischen Kampagne einiger Konkurrenten Springers zu trennen.

2. *Die publizistische Kampagne:* Auch wenn dem Springer-Verlag durch seine ökonomische Größe zweifellos eine besondere Rolle im Bereich der Pressekonzentration zukam, so rechtfertigte dies nicht deren beinahe ausschließliche öffentliche Thematisierung.⁹ Denn sowohl die für die Bedrohung der Meinungsvielfalt viel bedeutenderen Konzentrationstendenzen im lokalen und regionalen Pressemarkt blieben dadurch unberücksichtigt, als auch vor allem die Bestrebungen konkurrierender Großverleger Springers wie Augstein und Bucerius.¹⁰ Stattdessen berichteten ab 1962 regelmäßig Zeitschriften wie *Panorama*, *Stern*, *Spiegel* und *Capital* über die Marktmacht Springers.¹¹ Flankiert wurde dies noch durch Polemiken gegen den Verleger. So schrieb Erich Kuby 1962 in *Pardon*, dass die „Springer-Presse ihre Leser dumm wie die Hühner und blutdürstig wie die Wölfe“ machen würde,¹² und Rudolf Augstein plädierte für eine „Lex Springer“ und behauptete, dass „kein einzelner Mann in Deutschland [...] vor Hitler und seit Hitler so viel Macht kumuliert“ hätte wie Springer, „Bismarck und die beiden Kaiser ausgenommen.“¹³ Damit griff er den Faschismusvergleichen der Studentenbewegung ebenso vor wie Sebastian Haffner, der durch den Springer-Verlag „ein Meinungs-Monopol wie es seit dem Goebbels-Propagandaministerium nicht mehr bestanden hat“ im Entstehen sah.¹⁴

Und auch die Studentenbewegung selbst wurde für das geplante Anti-Springer-Tribunal finanziell von Augstein und Bucerius für ihre eigenen Zwecke, welche vor allem eine Schwächung ihres Konkurrenten bei gleichzeitiger eigener Expansion vorsahen, unterstützt.

⁹ Je nach Berechnung variierten die Marktanteile des Springer-Verlags bei den Tageszeitungen zwischen ca. 27 bis knapp 40 %. Hinzu kam ein Marktanteil von ca. 18 % bei den Publikumszeitschriften und in einzelnen Regionen wie Berlin und Hamburg lag der Anteil bei lokaler und überregionaler Tagespresse zusammen gar bei 60 bis 70 %. Vgl. dazu Norbert Frei, Die Presse, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 3: Gesellschaft, Frankfurt/Main 1989, S. 402.

¹⁰ Bucerius gab 1974 rückblickend zu, dass er damals „das Gegenteil von dem, was ich in der Kommission empfohlen hatte, [tat]: Ich konzentrierte weiter.“ Gerd Bucerius, Der angeklagte Verleger. Notizen zu Freiheit der Presse, München 1974, S. 49.

¹¹ Konterkariert werden die Berichte über Springers Medienmacht von einem Druckvertrag zwischen Augstein und Springer, wodurch der *Spiegel* inklusive der regelmäßigen kritischen Artikel über Springer auf dessen Rotationsmaschinen gedruckt wurde. Bucerius wiederum hatte noch 1964 wegen finanzieller Schwierigkeiten Springer seinen *Stern* angeboten, da dieser in dessen Verlagshaus am besten aufgehoben sei.

¹² Erich Kuby, Reizende Leute. Oder Die Geschichte vom deutschen Axel, der auszog, den Osten das Fürchten zu lehren, S. 21, in: Pardon, Nr. 2, Oktober 1962.

¹³ Rudolf Augstein, Lex Springer, in: Der Spiegel, Nr. 32, 1.8.1966, S. 10 u. 12.

¹⁴ Sebastian Haffner, Meinungsmonopol, in: Stern, Nr. 51, 20. Dezember 1964, S. 18f.

Diese Schwächung wollte Bucerius schließlich auch mittels der Günther-Kommission erreichen. So forcierte vor allem der Verleger des *Stern* die im Juni 1968 im Abschlussbericht der Kommission empfohlenen Auflagebeschränkungen, welche exakt auf die Marktanteile des Springer-Verlags passten und nach welchen dieser die Pressefreiheit mindestens gefährde, wenn nicht gar bereits beeinträchtigte.¹⁵

3. *Die DDR und die Anti-Springer-Kampagne:* Auch seitens der DDR ist eine Einflussnahme auf die sich entwickelnde Anti-Springer-Kampagne festzustellen. Zwar ist Peter Schneider zuzustimmen, wenn dieser die Behauptung, jene Kampagne der Studentenbewegung sei von der Stasi gelenkt worden, als „grotesk“ bezeichnet.¹⁶ Für die Entstehung und Verbreitung der Kampagne ist der Einfluss der DDR jedoch als ein Faktor nicht zu negieren. Dies betrifft nicht nur die mehr als zwei Dutzend Inoffiziellen Mitarbeiter und Kontaktpersonen des Ministeriums für Staatssicherheit in der Westberliner Studentenbewegung.¹⁷ Seit Anfang der 60er Jahre antizipierten vielmehr Publikationen aus der DDR im Wesentlichen die späteren Dokumentationen der 68er Bewegung über den Springer-Verlag, der in der DDR als Inkarnation des Klassenfeinds galt. Veröffentlichungen wie Franz Knippings „Jeder vierte zahlt an Axel Cäsar“ oder „Hetzer, Fälscher, Meinungsmacher“ thematisierten sowohl die vermeintliche Meinungsmanipulation seitens Springers, die Verschärfung des Kalten Krieges durch antikommunistische Propaganda als auch insbesondere angebliche faschistische Kontinuitäten im Hause des als „Goebbels-Knappe[n]“ verbrämten Verlegers.¹⁸ Wie auch der ab 1966 produzierte fünfteilige Fernsehfilm „Ich – Axel Cäsar Springer“ gingen diese Publikationen auf die 1962 einsetzenden gezielten Aktionen der Abteilung des Politbüromitglieds Albert Norden zurück. Teil dieser Aktionen war wohl auch die Forderung nach der Enteignung Springers, ein fester Bestandteil der Anti-Springer-Kampagne der 68er nach dem Tod Benno Ohnesorgs und erstmals im Mai 1967, also vor dem eigentlichen Eskalationspunkt 2. Juni 1967, im vom maßgeblich aus der DDR finanzierten *Berliner Extrablatt* veröffentlicht.¹⁹ So kann wohl zumindest von einer subtilen Beeinflussung seitens der DDR auf die westdeutsche Anti-Springer-Kampagne gesprochen werden, denn schließlich griffen deren Aktivisten die Forderungen und Behaup-

¹⁵ Die Empfehlungen blieben jedoch folgenlos, da die Bundesregierung eine Auflagenbeschränkung als verfassungsrechtlich problematisch bezeichnete und die Presse- und Meinungsfreiheit als nicht bedroht ansah.

¹⁶ Peter Schneider, *Rebellion und Wahn. Mein '68*, Köln 2008, S. 231.

¹⁷ Vgl. Hubertus Knabe, *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin 2001; Ders., *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999.

¹⁸ VDJ (Hg.), *Hetzer, Fälscher, Meinungsmacher. Axel Springer – Pressekonzern der Ultras*, Berlin 1963, S. 5; Franz Knipping, *Jeder vierte zahlt an Axel Cäsar. Das Abenteuer des Hauses Springer*, Berlin 1963.

¹⁹ *Enteignet Axel Cäsar Springer!*, in: *Berliner Extrablatt*, 13.5.1967, S. 1.

tungen auf, suchten gezielt den Kontakt zu Autoren wie Knipping und erhofften sich von diesem belastendes Material über Springer. Dies zeigt, dass man innerhalb der 68er Bewegung die Publikationen in der DDR durchaus wahrgenommen hat, auch wenn zugleich einschränkend bemerkt werden muss, dass man für die Zeit nach dem 2. Juni von keiner wesentlichen Beeinflussung seitens der DDR ausgehen kann. Vielmehr hatte die Anti-Springer-Kampagne in der Bundesrepublik mittlerweile solch eine Dynamik und Radikalisierung erfahren, dass man auf eine Einflussnahme von außen gar nicht mehr angewiesen war. Die Ausgangslage für diese Eigendynamik wurde jedoch in den Jahren zuvor gelegt, u.a. auch in der DDR.

Die studentische Anti-Springer-Kampagne – ein politisch-ideologischer Konflikt

Für die schnelle Verbreitung der Anti-Springer-Kampagne in der 68er Bewegung nach dem Tode Benno Ohnesorgs ist sicherlich die teils polemische und überzogene Berichterstattung der Springer-Presse über die Geschehnisse am 2. Juni 1967 verantwortlich.²⁰ Neben der allgemeinen Eskalierung der Bewegung nach diesem Tag sind jedoch weitere Gründe fern der weiteren Berichterstattung aus dem Hause Springer nötig, die die Identifizierung der Anti-Springer-Kampagne als „Transmissionsriemen“ der Bewegung erklären.²¹ So warf man dem Springer-Verlag die Manipulation der Gesellschaft vor, welche es zu verhindern gelte, um so den Kontakt der Aktivisten der Bewegung zur Mehrheit der Bevölkerung herzustellen. Des Weiteren identifizierte man den Verlag als Symbol für das zu bekämpfende „spätkapitalistische System selbst.“²²

Die Identifizierung Springers als politischer Gegner war nahe liegend, schließlich standen dessen politische Überzeugungen diametral zu nahezu allen Themen der 68er Bewegung. Springer verstand sich als Vertreter des ‚Establishments‘ und praktizierte einen Konsensjournalismus, der auf Eintracht statt auf kritischem Journalismus basierte.²³ Ohne Umschweife verpflichtete der Verleger seine Redaktionen zur Staatsloyalität. Übersehen wird meist, dass es auch Springer um die Wahrung der Demokratie ging. Während die 68er diese für noch nicht existent in der Bundesrepublik hielten, sah Springer gerade in den

²⁰ So schrieb *Bild* in Bezug auf die am 2. Juni gegen den Besuch des persischen Schahs demonstrierenden Studenten: „Die Deutschen wollen keine rote und keine braune SA.“ *Bild*, Berlin-Ausgabe, 3.6.1967.

²¹ So Rudi Dutschke: Wir fordern die Enteignung des Axel Springers. Spiegel-Gespräch mit dem Berliner FU-Studenten Rudi Dutschke (SDS), in: *Der Spiegel*, Nr. 29, 10. Juli 1967, S. 31.

²² Resolution der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS (8.9.1967), S. 3, in: AS-UA, Bestand Anti-Springer-Kampagne.

²³ Vgl. dazu Gudrun Kruij, *Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen*, München 1999.

68ern eine Bedrohung der gegenwärtigen Demokratie. Vor diesem Hintergrund sind auch die gegenseitigen inflationären Faschismusbezeichnungen zu deuten, die sich in erwähnten Vergleichen der Studenten mit der SA oder Springers mit Julius Streicher oder gar Adolf Hitler vergingen, ohne dass eine der Seiten die damit betriebene Verharmlosung des Nationalsozialismus wahrnahm.²⁴ Und während die Aktivisten der Bewegung gegen den Vietnamkrieg und die Politik der USA sowie gegen die Große Koalition und deren geplante Notstandsgesetze demonstrierten, verteidigten Springers Journalisten all dies als Sicherung der Demokratie. Springers erstmals am 26.10.1967 öffentlich verkündeten Richtlinien seines Verlags betonten das Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, die Ablehnung jeglichen Extremismus sowie die Bejahung der sozialen Marktwirtschaft; der überwiegende Teil der 68er thematisierte die Wiedervereinigung überhaupt nicht, kritisierte die bedingungslose öffentliche Unterstützung Israels im Sechs-Tage-Krieg bzw. wählte den israelischen Staat auf den Weg in den Faschismus und lehnte die soziale Marktwirtschaft als Teil des Kapitalismus ab. Stattdessen trat man für einen undogmatischen Marxismus ein und verehrte Mao und Castro, wiederum konträr zum expliziten Antikommunismus des Springer-Verlags.

All dies verdeutlicht, dass es sich bei der herkömmlichen Betrachtungsweise, welche die Anti-Springer-Kampagne auf die polemische Berichterstattung der Springer-Presse reduziert, um einen Mythos handelt. Zwar wirkte die Berichterstattung zweifellos als Katalysator der Proteste, was erstmals nach dem 2. Juni 1967 deutlich wurde und seinen Höhepunkt in den Osterunruhen nach dem Attentat auf Dutschke fand. Doch letztlich waren die Artikel der Springer-Presse nur der Anlass der Kampagne. Die Ursachen waren vielmehr eine Konfrontation zweier konträr zueinander stehenden politischen Meinungen und eine zunehmende öffentliche Thematisierung der Rolle des Springer-Verlags in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Zwar hat sicherlich keine der bereits Anfang der 60er Jahre einsetzenden und eingangs geschilderten Debatten oder Kampagnen allein die Anti-Springer-Kampagne der Studentenbewegung ausgelöst, doch im Zusammenspiel sorgten diese für eine weitgehende Akzeptanz der Ziele der protestierenden Studenten in Sachen Springer bei den Medien und den linksliberalen Intellektuellen, zumal sich die 68er Bewegung für ihre Argumentation vor allem auf die in den Jahren zuvor geschehenen Ereignisse und Debatten sowie die Veröffentlichungen beziehen konnte.

²⁴ Vgl. für die erwähnten Beispiele von studentischen Flugblättern oder Plakaten: Jürgen Miermeister/Jochen Staadt (Hg.), Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971, Darmstadt/Neuwied 1980, S. 144; Kraushaar, Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946-1995. Bd. 1, Hamburg 1998, S. 273.